

Neue Horizonte für Japans Sicherheitspolitik

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht Japan vor drei Herausforderungen, deren Bewältigung einen ähnlich umfassenden Neubeginn erfordert, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Meiji-Restauration von 1868 erfolgt ist. Erstens muss das Land seine Wirtschaftsstrukturen modernisieren, zweitens muss es einen Ausweg aus der beschleunigten demographischen Auszehrung finden, und drittens muss es seine sicherheitspolitischen Fundamente neu ordnen. Nachdem in den siebziger und achtziger Jahren weltweit das „japanische Modell“ hochgelobt worden war, erfolgte in den neunziger Jahren, nach dem Platzen der Spekulationsblase und dem seitherigen anämischen Wirtschaftswachstum, die große Ernüchterung. Wer die neuere Geschichte Japans näher verfolgt hat, wird allerdings zum Schluss kommen müssen, dass der derzeitige Japan-Pessimismus ebenso fehl am Platz ist wie der frühere Japan-Enthusiasmus. Im Folgenden befassen wir uns mit der sicherheitspolitischen Herausforderung, derer sich Tokio mittel- und längerfristig anzunehmen hat. Als Erstes werden wir die Hintergründe des sicherheitspolitischen Umfelds skizzieren, in dem Japan heute und auf absehbare Zukunft hinaus sich zu bewähren hat. Anschließend werden die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Japans Umgebung angesprochen. Sodann werden wir die historischen Hypothesen darstellen, die nach wie vor die innerjapanische sicherheitspolitische Diskussion und auch Japans Verhältnis zu den Nachbarn belasten. Darauf werden wir die innenpolitischen Entwicklungen beleuchten und sie auf deren Relevanz für künftige, neue Prioritäten in der japanischen Sicherheitspolitik prüfen. Schließlich werden wir die mittelfristigen Perspektiven für Japans Rolle in Nordostasien und in der weiteren Welt präsentieren.

Hintergründe zum sicherheitspolitischen Umfeld

Seit dem Ende des Kalten Kriegs, das zusammen mit weitreichenden technologischen Innovationen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die globale Vernetzung der Volkswirtschaften in einem zuvor unbekanntem Ausmaße ermöglicht hat, scheint vielen Risikoanalysen das Sensorium für die Relevanz einer supranationalen Sicherheitsarchitektur abhanden gekommen zu sein. Tatsache ist indessen, dass das bisher erfolgreichste Modell einer regionalen Wirtschaftsintegration, die Europäische Union, ohne das Fundament der NATO nicht Wirklichkeit geworden wäre. Dies gilt es im Auge zu behalten, wenn man nicht nur die Chancen der regionalen wirtschaftlichen Kooperation in Asien, sondern auch die sicherheitspolitischen Risiken in diesem Teil der Welt realistisch bewerten will.

Asien sind im 19. und 20. Jahrhundert wegen der auswärtigen Kolonialpräsenz, vor allem aber wegen seiner im Vergleich zum kleinräumigen Europa enormen geographischen Distanzen, die nationalen Vernichtungskriege erspart geblieben, wie sie auf dem europäischen Kontinent geführt wurden. China und Indien oder Japan und China haben nie wie Deutschland und Frankreich oder Russland und Deutschland totale Kriege gegeneinander geführt. Dennoch schaffte natürlich die fremde Kolonialpräsenz Krisenherde, die wie die Teilung des indischen Subkontinents nach dem Abzug der Briten oder wie Indochina nach der Vertreibung der Franzosen Anlass für kriegerische Auseinandersetzungen boten. Auch überzog das kurzlebige japanische Imperium weite Teile des östlichen Asiens während des Zweiten Weltkriegs mit Krieg, dessen Folgen noch heute nachwirken. Zu den schwierigsten Hinterlassenschaften dieser Zeit gehört das tief gehende Misstrauen zwischen China und Japan.

Niemand rechnet damit, dass es in absehbarer Zukunft zu einem Krieg zwischen Japan und

China kommen wird. Dessen ungeachtet ist das japanisch-chinesische Verhältnis das Schlüsselement im ostasiatischen Kräfteparallelogramm. Solange es zwischen Tokio und Peking nicht die Versöhnung gegeben hat, die seit der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs Deutschland und Frankreich verwirklicht haben, steht in der längerfristigen Perspektive ein Krisenfaktor im Raum, der unberechenbar ist. Wie erwähnt, verfügt Ostasien nicht über die transnationale Sicherheitsarchitektur der NATO, auf deren Boden die deutsch-französische Aussöhnung hat heranreifen können. Doch gibt es auch einen sehr weit greifenden historischen Hintergrund für das bilaterale Misstrauen und die bilateralen Missverständnisse zwischen Japan und China, ohne dessen Kenntnis eine angemessene Evaluation der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Ostasien schlicht nicht möglich ist.

Ausländischen Beobachtern, die sich eingehender mit der Kulturgeschichte Asiens befasst haben, muss ein Aspekt im japanisch-chinesischen Verhältnis besonders aufstoßen: Es kann kein Zweifel daran herrschen, dass über die Jahrhunderte hinweg Japan von den Hochkulturen und Zivilisationen in China und Korea enorm profitiert hat. Vor der durch die Meiji-Restauration im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dramatisch eingeleiteten Verwestlichung gab es in Japan nur wenige zivilisatorische Errungenschaften, die letzten Endes nicht auf eine Quelle in China oder Korea zurückgeführt werden können. Auch der Buddhismus wurde nicht direkt aus Indien übernommen, sondern fand seinen Weg über China nach Japan. Ohne Zweifel haben die Japaner vieles, was sie vom benachbarten asiatischen Festland im Laufe der Geschichte übernommen haben, in bemerkenswerter Weise verfeinert, doch ändert dies nichts daran, dass man bis zur Schrift, zum Rechtswesen, zur Administration und zu vielen weiteren Elementen einer staatlichen Ordnung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens über Jahrhunderte hinweg Innovationen weitgehend aus Korea und China übernommen hat.

Es ist vor diesem Hintergrund aufschlussreich, dass bis weit ins 20. Jahrhundert hinein die Haltung vieler Japaner gegenüber Chinesen und Koreanern von Verachtung geprägt war. Die Barbarei der japanischen Besatzer in China in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs war auch eine Folge dieser rassistisch untermauerten Überheblichkeit. Wie außergewöhnlich diese Ambivalenz, ja Schizophrenie (Kulturschuld auf der einen und Verachtung auf der anderen Seite), ist, lässt sich nur ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Deutschland auch in den dunklen Stunden des Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert nie die athenischen und römischen Wurzeln seiner Kultur und Zivilisation verachtet oder gar verneint hat.

Man mag anführen, dass dies alles seit der Besiegung des japanischen Imperialismus durch die Amerikaner der Vergangenheit angehört, doch lassen kleine Zwischenfälle immer wieder vermuten, dass noch nicht alle Bitternis überwunden ist. Als der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin 1998 Japan besuchte, weigerten sich die Gastgeber, ihm eine schriftliche Entschuldigung für die Untaten, welche die japanischen Besatzer in China verübt hatten, zu geben. Bei einer Vorlesung an der Universität in Sendai, jener Stadt, in der einst einer der bedeutendsten Dichter des modernen China, Lu Xun, gelebt hatte, wurde Jiang von Studenten mit nationalistischen Slogans unterbrochen. Der Gouverneur von Tokio, Shintaro Ishihara, ein anerkannter Schriftsteller und damit ein Mann des Worts, warnte im Jahr 2000 bei einer Erdbebenkatastrophenübung vor der Gewalttätigkeit der Ausländer und verwendete dabei einen abwertenden Begriff für die Koreaner, wohl wissend, dass beim großen Erdbeben von 1923 in Tokio und Yokohama Tausende von Koreanern ermordet wurden, weil Gerüchte ihnen Plünderungen und Vergewaltigungen nachsagten.

Aktuelle Herausforderungen

Die wichtigsten sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen sich Japan zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sieht, befinden sich auf der koreanischen Halbinsel, in der

Straße von Taiwan und in Südostasien. Darüber hinaus müssen sich japanische Strategen mit ferner liegenden Problemen befassen wie der wachsenden Instabilität einer Reihe von pazifischen Inselstaaten, dem indisch-pakistanischen nuklearen Wettrüsten und der Sicherheit der Seewege zu den für die japanische Volkswirtschaft lebenswichtigen Energielieferanten im Mittleren Osten. Darüber hinaus muss sich Tokio im globalen Kräfterennen zwischen Russland, China und den USA platzieren.

Der erste innerkoreanische Gipfel zwischen dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Il und dem südkoreanischen Staatspräsidenten Kim Dae Jung, der Mitte Juni 2000 in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang über die Bühne lief, war ein historisches Ereignis. Ohne Zweifel sind Spannungen auf der koreanischen Halbinsel abgebaut worden, auch wenn die Sprunghaftigkeit des Regimes in Nordkorea stets wieder für Rückschläge und Ungewissheiten sorgen kann. Von dem Anbruch eines neuen Zeitalters zu sprechen, wie dies in der Euphorie der ersten Bilder vom Gipfel der beiden Kim in Pjöngjang verschiedene Medien taten, war deshalb verfehlt. Solange der Norden keine weit reichenden politischen Reformen in die Wege leitet und vom Stalinismus Abschied genommen hat, kann von einem Neubeginn keine Rede sein.

Das meiste, was in Pjöngjang geschieht, muss wegen der vollständigen Abschließung des Landes von der Außenwelt für externe Beobachter ein Rätsel bleiben. Jenseits der Irrationalität, welche die einzige kommunistische Erbmonarchie zuweilen heimzusuchen pflegt, gibt es allerdings eine Reihe von Faktoren, die eine rationale Evaluation der sicherheitspolitischen Absichten Nordkoreas erlauben. Die Feuerung einer Langstreckenrakete über japanisches Hoheitsgebiet im Jahr 1998 hatte langzeitige Folgen. Peking zeigte sich irritiert, da dieses nordkoreanische Abenteuer Tokio den Vorwand gab, auf die amerikanischen Pläne zu einem Raketenabwehrschirm mit japanischer Beteiligung positiv einzugehen. In der Folge setzte China, das stets das Gespenst eines neuen japanischen Militarismus am Horizont sieht, in Pjöngjang die Daumenschrauben an, was mit zur Bereitschaft Kim Jong IIs zu einem innerkoreanischen Gipfel beigetragen haben dürfte.

Unter der Hand dürfte die Haltung Japans zum koreanischen Einigungsprozess, so dieser denn eines Tages wirklich in Gang kommen sollte, sehr ambivalent sein. Auf der einen Seite muss Tokio an einer Beseitigung des koreanischen Kriegsherdes gelegen sein. Während die Beziehungen zu Seoul seit der Amtsübernahme Kim Dae Jungs erheblich besser geworden sind, ist das Verhältnis zu Nordkorea nach wie vor sehr gespannt. Dies, obschon es Hunderttausende von Nordkoreanern in Japan gibt, deren Geldüberweisungen in die Heimat seit dem Beginn des wirtschaftlichen Notstands in Nordkorea und dem Ende der Sowjetunion zu Pjöngjangs wichtigsten externen Einnahmequellen gehören, und obschon Nordkorea von Japan großzügige Nahrungsmittelhilfe erhalten hat. Der Norden ist bei der Frage der japanischen Sühne für die Kolonialherrschaft in Korea erheblich unnachgiebiger als der Süden und macht die Normalisierung der bilateralen Beziehungen von der Zahlung umfangreicher Kriegsreparationen abhängig.

Auf der anderen Seite dürfte Japan gegenüber einer eventuellen koreanischen Wiedervereinigung ähnliche Skrupel haben wie sie Paris gegenüber der deutschen Einigung hatte. Ein geeintes Korea verändert die Kräfterkonstellationen in Nordostasien. Es würde eine Bevölkerung von rund 70 Millionen aufweisen, erheblich näher bei den heute noch 126 Millionen Bewohnern Japans, die unter beschleunigter demographischer Auszehrung leiden, als die derzeitige südkoreanische Bevölkerung von unter 50 Millionen. Auch würde eine Einigung auf beiden Seiten der Grenze erhebliche militärische Potentiale freilegen. Zudem ist es fraglich, ob die USA ihre umfangreiche Militärpräsenz in Südkorea unvermindert aufrecht erhalten, auch wenn aus dem Gipfeltreffen in Pjöngjang hervorgegangen sein soll, dass der Norden nicht mehr a priori auf einem amerikanischen Abzug insistiert.

Die zeitlichen Dimensionen für die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel weisen in die weitere Zukunft, auch wenn überraschende Zeitraffer nicht auszuschließen sind. Unter normalen Umständen sprechen wirtschaftliche und soziale Faktoren dafür, dass auf beiden Seiten des 38. Breitengrads den politischen Führungen an einem langsamen Zusammenwachsen der beiden Hälften gelegen sein muss. Eine schlagartig vollzogene, komplette Vereinigung, wie sie Deutschland realisierte, müsste ökonomische und politische Verwerfungen von ungeahnten Dimensionen haben. Auch Präsident Kim Dae Jung, der nicht nur ein überzeugter Befürworter der Wiedervereinigung ist, sondern auch die deutschen Erfahrungen sorgfältig studiert hat, hat wiederholt verlauten lassen, dass er eine Aufhebung der Grenze zwischen den beiden Korea noch zu seinen Lebzeiten nicht für wahrscheinlich hält.

Erheblich kürzer sind demgegenüber die Zeithorizonte bei den sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen Japan von der Volksrepublik China konfrontiert wird. Die Zeit der Clinton-Administration war für Tokio eine sehr schwierige Phase in der amerikanischen Ostasienpolitik. Präsident Clinton hatte wiederholt der chinesischen Führung das Rückgrat in einem Ausmaße gestärkt, das aus japanischer Sicht sehr problematisch erscheinen musste. Als er 1998 der Volksrepublik einen neuntägigen Besuch abstattete, verzichtete Clinton auf chinesischen Druck, auf der Heimreise einen Zwischenhalt in Tokio einzulegen, wie es eigentlich den Gepflogenheiten zwischen Allianzpartnern entsprochen hätte. Nachdem die USA japanische Pläne, einen asiatischen Währungsfonds zu schaffen, unterminiert hatten, wurde Washington dennoch nicht müde, während der Asienkrise die chinesische Währungspolitik zu loben und mehr oder weniger offen die Japaner des Mangels an Führungsbereitschaft zu schelten. Vielen in Tokio musste es so vorkommen, als ob die Amerikaner auf eine strategische Partnerschaft mit den Chinesen hinarbeiten würden.

Der Machtwechsel im Weißen Haus hat diesen Entwicklungen einen Riegel vorgeschoben. Dennoch ist aber in der Weltmeinung hängen geblieben, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts China die aufsteigende und Japan die absteigende Macht in Ostasien ist. Einmal abgesehen davon, dass solche Einschätzungen häufig an der sozialen, politischen und ökonomischen Wirklichkeit in den beiden Ländern vorbeigehen, gibt es Indizien, die im sicherheitspolitischen Bereich Japan gegenüber China immer weiter im Hintertreffen zeigen. Unverkennbar ist, dass China in den letzten zehn Jahren seine Einflussphäre im Südchinesischen Meer sukzessive zu erweitern gesucht hat und dass Japan diesen Bemühungen bisher mit keiner glaubwürdigen Strategie hat begegnen können. Die Entwicklungen in Indonesien zeigen dies mit besonderer Deutlichkeit.

Das ausgedehnte Inselreich Indonesien ist für Japan von lebenswichtiger geostrategischer Bedeutung. Wichtige Handelsströme nach und von Nippon führen durch seine Meerengen. Japan ist bei der Erdölversorgung zu 99 Prozent von Einfuhren abhängig, und der Löwenanteil seiner Erdölimporte kommt aus dem Vorderen Orient. Auch für Japans Industrieexporte in westliche Richtung führt der Weg durch Indonesiens Gewässer. Indonesiens Bedeutung für Japan kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass Jakarta der wichtigste Empfänger von japanischer Entwicklungshilfe ist. Auch haben in den Boomzeiten japanische Unternehmen und Banken in Indonesien kräftig investiert. Der Zerfall des Inselreiches während der letzten Jahre muss deshalb für Japan besorgniserregend sein, umso mehr, als er zur gleichen Zeit erfolgt, da China seine Präsenz im Südchinesischen Meer spürbar ausbaut und dort auf absehbare Zeit hinaus keinen ernst zu nehmenden Widerstand zu gewärtigen braucht: Die philippinische Marine existiert praktisch nicht, Singapur ist ein Stadtstaat ohne strategische Tiefe, Malaysia ist mit der Sicherung der eigenen Land- und Seegrenzen voll absorbiert, Thailands sicherheitspolitisches Augenmerk richtet sich traditionell auf die benachbarten Landmassen und Indonesiens Streitkräfte werden von den internen Ordnungsaufgaben voll absorbiert.

Die blutigen Ereignisse auf dem Weg zu Osttimors Unabhängigkeit ließen die selbst auferlegte Impotenz der japanischen Selbstverteidigungskräfte coram publico deutlich werden. Während Tokio aus konstitutionellen Gründen nicht einmal die Entsendung bewaffneter Kontingente im Rahmen der internationalen Friedenstruppen in Erwägung ziehen konnte, spielte sich China als Ordnungsmacht auf. Unverkennbar ist, dass aus dem Zerfall des indonesischen Staatsganzen primär Peking Vorteile ziehen wird, da neue staatliche Einheiten wie Osttimor oder vielleicht eines Tages Aceh keine nennenswerten militärischen Kapazitäten zur vollständigen Wahrung ihrer neu gewonnenen Souveränität haben.

Die Taiwanfrage ist für Japan ein besonders heikles Problem. Hier kumulieren sich die Schwierigkeiten der Geschichte, der geopolitischen Interessenlage und der delikaten bilateralen Beziehungen mit China. Im Grunde genommen müsste Tokio an einem von der ganzen Welt anerkannten, unabhängigen Staat Taiwan gelegen sein. In jedem Fall ist aber der Status quo einer Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China, welche die wichtige Straße von Taiwan zu einem chinesischen Binnengewässer machen würde, vorzuziehen. Taiwan war zwischen 1895 und 1945 japanische Kolonie, was Tokios Taiwanpolitik aus Pekinger Perspektive offensichtlich stets im Schatten schwerer historischer Hypotheken erscheinen lässt. Japan bemüht sich deshalb auch hochnotpeinlich, alles zu vermeiden, was Peking Grund für Beanstandung geben könnte. Selbst bei der Erteilung von Visen an politische Exponenten des Inselstaats ist Tokio sehr zurückhaltend. Offiziell ist Japan selbstverständlich auch gegen den Einschluss Taiwans in den Raketenabwehrschirm, an dessen Entwicklung zusammen mit den USA gearbeitet wird.

Hypotheken der Geschichte

Die geltende japanische Verfassung ist ein Ergebnis der amerikanischen Besetzung nach der Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkriegs. Mit einer Reihe von Bestimmungen wollten die Amerikaner sicherstellen, dass eine Wiederholung des japanischen Imperialismus nicht mehr möglich war. Es gehörte dazu die Entmachtung des Kaisertums ebenso wie die Trennung von Religion und Staat und die konstitutionell verbindliche Absage an den Krieg. Artikel neun der Verfassung sagt, dass „das japanische Volk auf ewig Krieg als das souveräne Recht der Nation und die Androhung oder die Anwendung von Gewalt zur Beilegung internationaler Streitigkeiten aufgegeben“ hat. Die amerikanische Besatzung Japans endete offiziell im April 1952 mit der Implementierung des Friedensvertrags von San Francisco und der Verabschiedung eines Verteidigungspakts mit den USA.

Der Wunsch der Völker nach jeder Kriegskatastrophe, endgültig den Krieg von der Erde zu verbannen, ist natürlich und verständlich. Als die US-Truppen in Japan einmarschierten, waren sie erstaunt, in welchem Ausmaß das Land zerstört war, und unter welchen inhumanen Bedingungen die Japaner noch bis vor kurzem bereit gewesen waren, den Kampf fortzusetzen. Als sich Kaiser Hirohito am 15. August 1945 in einer präzedenzlosen Radioansprache an sein ausgebombtes Volk wandte, befreite er de facto seine Untertanen vom Zwang zum kollektiven Selbstmord. Die lobenswerten Bemühungen, Japan ein für alle Mal zu pazifizieren, hatten indessen zwei problematische Seitenaspekte. Einerseits wurde mit diesem Schritt eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Geschehen während des kurzlebigen japanischen Imperiums verdrängt, andererseits wurde die japanische Sicherheitspolitik von ihrem Neubeginn an mit ideologischen Vorzeichen behaftet, welche die Debatte um den Artikel neun in der Verfassung und dessen allfällige Revision bis heute belasten.

Schon bald nach der Verabschiedung der neuen Verfassung wurde offenkundig, dass eine vollständige Pazifizierung Japans mit den geopolitischen Realitäten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und insbesondere nach dem Sieg der Kommunisten in China im Herbst

1949 im östlichen Asien Gestalt annahmen, auf Dauer nicht zu vereinbaren war. Der Ausbruch des Kalten Kriegs, der in Nordostasien mit der vom kommunistischen Regime in Pjöngjang lancierten und von der Sowjetunion wie der Volksrepublik China unterstützten Eroberung Südkoreas zum heißen Kriegsgeschehen wurde, ließ in den USA schon bald Erwägungen hochkommen, dass eine Neubewaffnung Japans im Interesse der Verteidigung der westlichen Einflusssphären in der Region letztlich nicht zu umgehen sein werde. Es war nahe liegend, dass solche Vorhaben bei den Linkskräften in Japan, die nach der Kapitulation zunächst von den amerikanischen Besatzern im Sinne eines drastischen Bruchs mit der Vergangenheit und der Modernisierung von Japans politischer Landschaft gefördert worden waren, auf resolute Ablehnung stoßen mussten. Viele der noch heute sichtbaren Bruchstellen in Japans innenpolitischen Debatten über die Revision der geltenden Verfassung sind vor diesem Gegensatz zu sehen. Erst 2000 fand sich die Kommunistische Partei Japans bereit, die Selbstverteidigungskräfte, die Japan im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung unterhalten kann, nicht mehr als illegal zu betrachten.

Nach wie vor gibt es indessen auch in den großen, der rechten Mitte angehörenden Parteien wie der Demokratischen Partei und der seit 1955 die Regierung praktisch in Permanenz führenden Liberaldemokratischen Partei keinen Konsens über eine allfällige Neuformulierung von Artikel neun. Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage in Asien und insbesondere Nordostasien nach dem Ende des Kalten Kriegs und die verstärkte Nutzung von nationalen Verteidigungsinstrumenten für Einsätze bei internationalen Friedensoperationen haben in den letzten Jahren die Zahl jener, die für eine Revision von Artikel neun sind, stetig wachsen lassen. Ernüchterung hatte bereits der Golfkrieg gebracht, bei dem die Japaner die USA milliardenschwer unterstützten, gleichzeitig aber im Ruhe standen, bei der Verteidigung von auch für Tokio wichtigen geopolitischen Interessen hilflos im Abseits verblieben zu sein. Es waren, aus Washingtoner Sicht, „unsere Boys“, welche unter Einsatz ihres Lebens auch für die Japaner die Kohlen aus dem Feuer holen mussten. Dieses Argument kam in der Folge mehr oder weniger verdeckt auch immer wieder bei japanisch-amerikanischen Handelsfraktionen auf den Tisch.

Drei wichtige Hindernisse stehen für jene, die Artikel neun revidieren wollen, im Raum. Als Erstes sind sie mit dem grundsätzlichen Argument konfrontiert, dass mit der Revision von Artikel neun eine Pandorabüchse geöffnet werde. Es ließe sich, so der Einwand, eine Verfassungsrevision nicht auf diesen einen Artikel einschränken. Vielmehr würde man sich mit einer umfassenden Überholung der Verfassung zu befassen haben, einer Verfassung, die Japan von den Siegern oktroyiert wurde und die deshalb von vielen konservativeren Elementen der japanischen Gesellschaft von Anfang an mit Argwohn gesehen wurde. Wo, so die Frage, wird die Revision enden? Droht sie nicht, alte Kontroversen, die in den Jahren, da man sich auf den Wiederaufbau der Wirtschaft zu konzentrieren hatte, in der Versenkung verschwunden waren, wieder an die Oberfläche zu holen?

Das zweite Hindernis erwächst aus der prinzipiellen Ablehnung der Kriegführung durch einen großen Teil der Japaner. Immer wieder hört man in Gesprächen die Meinung, dass, auch wenn man auf die Präsenz der Amerikaner verzichten sollte, dies nicht mit einer Wiederaufrüstung japanischer Verteidigungskapazitäten einhergehen dürfe. Auf eine sehr weltferne Weise, die auch mit der marginalen Lage Japans zu tun haben mag, sind viele Japaner der Meinung, dass man, so man sich nur mit den Nachbarn arrangiere, keine militärische Abschreckung brauche, und aus ferneren Händeln sollte sich Japan ohnehin heraushalten. Es ist interessant, dass es in dieser Frage keine tief gehenden Meinungsunterschiede zwischen den Generationen gibt. Immerhin hätte man erwarten können, dass die jüngeren Japaner, die keine direkte Erfahrung des Kriegs und seiner Zerstörungsmacht hatten, eine skeptischere oder auch selbstbewusstere Haltung einnehmen würden.

Das dritte Hindernis findet sich schließlich im internationalen Umfeld. Wiederholt haben die Amerikaner in den vergangenen fünf Jahrzehnten Tokio aufgefordert, in der Region eine Führungsrolle zu übernehmen. Letztmals war dies besonders ausdrücklich während der asiatischen Wirtschaftskrise 1997/98 gefordert worden. Einmal abgesehen davon, dass in mehreren Fällen von Washington selbst die zaghaften Versuche der Japaner, die Initiative zu ergreifen, wieder zunichte gemacht wurden, gilt es auch zu bedenken, dass Tokio die seiner Wirtschaftskraft entsprechende regionale Führungsrolle in Nordostasien nur glaubhaft füllen können wird, wenn es auch über militärische Kapazitäten verfügt, die potentiellen Rivalen Eindruck machen können. Es dürfte indessen fraglich sein, ob die Amerikaner, wenn es wirklich um einen Entscheid geht, Japan die einem normalen Nationalstaat seiner Größe und seiner Wirtschaftskraft angemessenen militärischen Kapazitäten zu geben, ihre tief sitzende Furcht vor der Wiedergeburt eines aggressiven japanischen Nationalismus einfach über Bord werfen werden. Das bilaterale Verteidigungsbündnis mit Tokio hat Washington bisher gut gedient. Die Japaner haben sich den amerikanischen Schutz viel Steuergeld kosten lassen, und die strategische Lage insbesondere von Okinawa ist im Hinblick auf die absehbare weitere militärische und wirtschaftliche Erstarkung Chinas auch aus der Perspektive des ureigenen amerikanischen Interesses in der Region von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus ist aber damit zu rechnen, dass jede Änderung des Artikels neun von Japans Nachbarn, insbesondere von China und Korea, nicht stillschweigend hingenommen werden wird.

Mittelfristige Perspektiven

Alle diese innen-, außen- und regionalpolitischen Erwägungen deuten darauf hin, wie weitreichend die sicherheitspolitische Positionierung Japans nach wie vor von historischen Hypotheken belastet wird. Beim Blick in die Zukunft muss deshalb als Erstes die Frage gestellt werden, ob und in welchem Umfange diese Hypotheken abgetragen werden können. Bei unserem Versuch einer Antwort auf diese Frage werden wir den Blick zunächst auf die Nachbarn Japans, sodann auf die USA und schließlich auf die innenpolitische Szenerie richten.

Obschon seit dem Zerfall der Sowjetunion als militärischer Faktor in Nordostasien kräftig heruntergestuft, gehört zu Japans sicherheitspolitisch relevanten Nachbarn auf absehbare Zukunft hinaus auch Russland. Die Japaner haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen intensiviert, die vier Kurileninseln, die Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg als sowjetische Beute vereinnahmte, zurückzuerhalten. Der Zerfall des Sowjetreiches und die scheinbare Gleichgültigkeit, mit der Moskau den Abfall seiner Besitzungen in Europa hinnahm, schufen in Tokio die Erwartung, dass es nun auch in der Kurilenfrage rasch vorangehen werde. Was musste Moskau an diesen marginalen Eilanden gelegen sein, wenn es solche integrale Bestandteile seines Imperiums wie die Ukraine oder Weißrussland widerstandslos freigab? Zudem war man sich in Tokio ziemlich gewiss, dass die Russen mit ihren enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit milliardenschweren Zusagen für die Entwicklung des rohstoffreichen Sibirien rasch für einen beiderseits vorteilhaften Deal zu gewinnen sein werden.

Dass dieses Szenario auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts nicht Realität wurde, dürfte vor allem zwei Gründe haben. Auf der einen Seite war Moskau insbesondere unter der Präsidentschaft von Boris Jelzin mit den Konzessionen, die es bereits im Westen machen musste, zu stark belastet, um den eigenen Sicherheitskräften und der Bevölkerung auch noch einen „Ausverkauf“ gegenüber Japan schmackhaft machen zu können. Zum Zweiten befand sich Russland bei der Beseitigung des Erbes aus dem Zweiten Weltkrieg im Fernen Osten unter erheblich geringerem Zeitdruck als bei der Auflösung des sowjetischen Imperiums im Westen und in Zentralasien. Tokio hatte bei seinem Drängen auf eine beschleunigte Regelung

der Kurilenfrage und eine gleichzeitige Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Russland offensichtlich nicht gebührend einkalkuliert, dass Moskau aus einer Verzögerungstaktik politischen Gewinn ziehen konnte. Die Schwäche der kurzzeitigen Regierung von Ministerpräsident Yoshiro Mori musste den Planern im russischen Außenministerium ausreichend Grund sein, bei den im Gang befindlichen bilateralen Gesprächen auf Zeitgewinn zu setzen. In Japan selbst mag die Rückkehr der Inseln ein Anliegen des Nationalstolzes sein, doch angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Japan seit den neunziger Jahren heimsuchen, lässt sich mit nationalistischer Bravade in einer Frage, die für die große Mehrheit der Japaner von sehr marginaler Bedeutung ist, kein Staat machen. Hinzu kommt, dass sich seit dem Ende des Kalten Kriegs der kleine Handel zwischen Russlands fernem Osten und Japans hohem Norden auch ohne Regelung der Kurilenfrage positiv entwickelt hat.

Von gelegentlichen verbalen Fehlritten einzelner Politiker abgesehen, die mit einem nationalistisch untermauerten Diskurs im benachbarten Ausland für Aufregung und in Japan selbst für schnelllebige Schlagzeilen in den Medien sorgen, befindet sich die japanische Öffentlichkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts außen- und sicherheitspolitisch in einem Zustand der Selbstzufriedenheit. Es mag Irritationen über die Amerikaner geben, es mögen sich ab und zu besorgte Stimmen über die Wahrung wichtiger geostrategischer Interessen zu Wort melden, doch insgesamt rangiert die nationale Sicherheit sehr tief auf der Prioritätenliste der Durchschnittsjapaner. Es will dies allerdings nicht heißen, dass sich nicht unter einer ruhigen Oberfläche tektonische Verschiebungen vollziehen, die längerfristig von großer Tragweite sein können. Japan ist, wie seine jüngere Geschichte wiederholt gezeigt hat, durchaus zu drastischen Kurswechseln in der Lage. Nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hat sich indessen eine politische Kultur des Konsenses und des Konfliktmanagements entwickelt, die keinen Raum für charismatische Führungsgestalten lässt. Obschon sich die Herausforderungen eines neuerlichen Quantensprungs in der sozio-ökonomischen Entwicklung Nippons mehren, steht kein Kaiser Meiji am Horizont. All dies bedeutet, dass Gewichtsverlagerungen, so sie denn stattfinden, aus amorphen Trends erwachsen. Der Gesellschaftsvertrag, den jeder Japaner stillschweigend unterzeichnet hat, umfasst eine subtile Balance von Rechten und Pflichten, von Ansprüchen und Beiträgen. Sollten sich die Sorgen um die nationale Sicherheit verdichten, so werden die notwendigen Anpassungen ziemlich effizient und umfassend folgen.

Was bedeutet dies nun für die Zukunft der japanischen Sicherheitspolitik? Zunächst sind drei Faktoren in Rechnung zu stellen: Japan mag zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Vergleich zu China, das von vielen im Aufstieg zur regionalen Vormacht, ja gar zu einem „global player“ gesehen wird, sicherheitspolitisch als ein „soft state“ erscheinen. Tatsache ist indessen, dass Japan, sollte es den Entschluss fassen, seine militärischen Kapazitäten drastisch auszubauen, sowohl das ökonomische wie vor allem auch das technologische Potenzial dazu hat. Peking und Washington wissen, dass Tokio, so es diesen Weg gehen will oder gehen muss, in Kürze zu Luft und zu Wasser auch ohne amerikanische Präsenz wieder die stärkste Regionalmacht sein wird.

Der zweite Faktor, der im Zeitalter der Globalisierung gerne unterschätzt wird, ist die Homogenität Japans. Wie kein anderer Staat von dieser Bevölkerungsgröße ist Japan aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Geschichte homogen, sowohl in ethnischer als auch in kultureller, sprachlicher und religiöser Hinsicht. Hinzu kommt die besondere soziale Struktur, die im Vergleich zu anderen Ländern eine zumindest nach außen hin sehr prononcierte Nivellierung gebracht hat. Japan ist im Laufe seiner Modernisierung zu einer westlichen Mittelschichtengesellschaft geworden. Diese Homogenität bedingt eine insbesondere für Krisenzeiten sehr wertvolle Geschlossenheit. Haben die Eliten im Konsens einen Kurswechsel beschlossen, so wird dieser zügig und in kürzester Zeit realisiert werden. Japan muss dabei, anders als etwa China oder Indien, nicht auf Minderheiten oder auf die

unmittelbare Nachbarschaft, aus der diese Minderheiten unerwünschten Sukkurs erhalten könnten, Rücksicht nehmen.

Der dritte Faktor berührt die Dimensionen, die geographische und geopolitische Tiefe der sicherheitspolitischen Rolle, die Japan im 21. Jahrhundert für sich beanspruchen wird. Unverkennbar ist, dass Peking für sich eine Weltrolle beansprucht, eine Art „globale Partnerschaft“ – oder besser „globale Rivalität“ – mit den USA. Offensichtlich besitzt es weder die militärischen noch die politischen Muskeln, um diese Rolle auch wirklich wahrzunehmen. China kann nur in seiner unmittelbaren Nachbarschaft operativ tätig werden, und auch dort nur begrenzt, wenn man die militärischen Kapazitäten Indiens und Taiwans berücksichtigt. Dies verhindert indessen nicht, dass sich Peking in allen ihm zugänglichen Foren zumindest rhetorisch so gebärdet, als ob es zu allem, was in der Welt vorgeht, etwas zu sagen hätte. Tokio verhält sich dagegen genau diametral. Selbst dort, wo es erwünscht ist, ja erwartet wird, dass die Japaner Profil zeigen, üben sie äußerste Zurückhaltung.

Soweit sich vernünftige Prognosen anstellen lassen, kann mit Gewissheit gesagt werden, dass Japan im 21. Jahrhundert weder im Sinne der militärischen Schlagkraft noch im Sinne von politischen Initiativen eine globale Rolle anstreben oder wahrnehmen wird. Es gibt dafür eine Reihe von Gründen. Zunächst ist es, auch wenn es mit wachsender zeitlicher Distanz verblasst, das Erbe der katastrophalen Erfahrungen mit dem kurzlebigen asiatischen Imperium. Zum Zweiten ist es die Tatsache, dass Japan anders als ein religiös, sozial und ethnisch so vielfältiges Land wie China nicht die Notwendigkeit hat, seine Untertanen dauernd zu mobilisieren. Dies wird noch dadurch untermauert, dass Japan nicht wie China verletzliche Landgrenzen zu anderen mächtigen Kulturen besitzt. Als Drittes ist in Rechnung zu stellen, dass in den letzten fünf Jahrzehnten Tokio einen enormen Erfahrungsschatz hat akkumulieren lassen, wie man seine globale Rolle mit anderen denn militärischen Mitteln wahrnehmen kann. Wirtschaft, Technologie und zivilisatorischer Fortschritt haben der japanischen Präsenz eine weltweite Dimension verliehen, wie es sie nicht mit der stärksten Seemacht je hätte realisieren können.

Aggressivere Positoren Pekings in der Nachbarschaft, insbesondere in Südostasien, und die wirtschaftlich wie politisch untermauerte beschleunigte Emanzipation von den USA, für die im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Kriegs die Fundamente geschaffen wurden, werden in den nächsten Jahren der Sicherheitspolitik in Japan einen höheren Stellenwert verschaffen und über kurz oder lang in der Normalisierung von Japans nationaler Selbstverteidigung, das heißt in der Revision von Artikel neun der Verfassung, resultieren. Es wird daraus ein Japan erwachsen, das bei Krisen, die seine Interessen betreffen, aktiver und selbstbewusster wird auftreten können, wobei auf absehbare Zeit solches japanisches Flaggezeigen mit amerikanischer oder – bei Friedenseinsätzen – mit internationaler Rückendeckung und Kooperation einhergehen wird. Die Tage, da man wie im Golfkrieg allein durch Zahlungen und wie in Osttimor allein durch humanitäre Aktionen Präsenz zeigen konnte, dürften dann endgültig der Vergangenheit angehören.

Urs Schoettli
Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in Tokio